

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2025 / Ausgabe 170 – 19. Dezember 2025



Haushalt 2026

Neue Migrationspolitik wirkt

*Ortsumfahrung Idstein/Eschen-
hahn*

Weihnachtsgruß

**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,
LIEBE FREUNDE,**

ein politisch schwieriges Jahr neigt sich dem Ende zu. Hinter uns liegen Monate intensiver Debatten, harter Abwägungen und großer Herausforderungen, sowohl im Land als auch in Berlin. Die vergangenen Wochen haben uns allen viel abverlangt.

Die Zustimmung zum Rentenpaket war keine leichte Entscheidung, sondern eine klare Abwägungsfrage. Trotz meiner Einwände habe ich dem Gesetzentwurf aus staatspolitischer Verantwortung zugestimmt. Der Anführer unserer Jungen Gruppe in der Bundestagsfraktion, mein hessischer Kollege Pascal Reddig, hat für die Darstellung der Position seiner Gruppe und der Jungen Union viel Beifall aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekommen. Er sagte zu seiner Ablehnung: „*Und ja, diese Abwägungsfrage, die ich mir gestellt habe, kann man auch anders beantworten, und davor habe ich allergrößten Respekt.*“ So war es bei mir, ein Scheitern hätte die Handlungsfähigkeit der Koalition ernsthaft gefährdet. Zentrale Vorhaben wie die Reform des Bürgergeldes oder die notwendige Wende

in der Migrationspolitik wären vom Koalitionspartner blockiert worden. Auch die Aktivrente als wichtiger Bestandteil des Pakets hätte nicht umgesetzt werden können. Gerade deshalb bleibt festzuhalten, dass diese Reform zwar notwendig war, aber nur einen ersten Schritt darstellen kann. Bei der Abstimmung habe ich von meinem Recht Gebrauch gemacht, eine persönliche Erklärung zu Protokoll zu geben. Bei Interesse finden Sie diese auf meiner Facebook-Seite www.facebook.com/klauspeter.willsch.

Bei aller berechtigten Kritik lohnt sich zugleich der Blick auf das, was bereits erreicht wurde. Gleich zu Beginn der Regierungsarbeit wurden die Grenzkontrollen verschärft und illegale Migration an den Grenzen konsequent unterbunden, unter anderem durch Zurückweisungen an der Grenze. Der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte wurde ausgesetzt. Das Bürgergeld wird abgeschafft und durch eine neue Grundsicherung ersetzt, flankiert von Maßnahmen zur Bekämpfung von Sozialleistungsmissbrauch. Gleichzeitig wird die Bundeswehr gestärkt und ein Wehrdienst eingeführt, der wieder mehr Verbindlichkeit schafft. Mit dem Investitions-Booster sorgen beschleunigte Abschreibungen dafür, dass schneller investiert wird. Außerdem führen wir die vollständige Rückerstattung beim Agrardiesel wieder ein.

Mit dem Steueränderungsgesetz 2025 haben wir im Bundestag ein starkes Entlastungspaket verabschiedet, mit dem wir zentrale Wahlversprechen einlösen. Ab dem 1. Januar 2026 senken wir unter

anderem den Umsatzsteuersatz für Speisen in der Gastronomie von 19 auf sieben Prozent. Zudem erhöhen wir die Entfernungspauschale auch für die ersten 20 Entfernungskilometer von bislang 30 Cent und 38 Cent (künftig einheitlich 38 Cent pro Kilometer ab dem ersten Kilometer für alle Steuerpflichtigen). Dies gilt ebenso für Steuerpflichtige, bei denen eine beruflich veranlasste doppelte Haushaltsführung anzuerkennen ist. Nach knapp vier Jahren stärken wir außerdem wieder alle ehrenamtlich tätigen Bürger in den über 600.000 Vereinen in Deutschland. Zum 1. Januar 2026 heben wir die Übungsleiterpauschale von 3.000 auf 3.300 Euro sowie die Ehrenamtspauschale von 840 auf 960 Euro an. Darüber hinaus entlasten wir Vereinsvorstände, insbesondere die Schatzmeister, von bürokratischen Hürden, indem wir die Freigrenzen für steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe und Zweckbetriebe bei sportlichen Veranstaltungen sowie die umsatzsteuerrechtliche Durchschnittssatzgrenze von 45.000 auf 50.000 Euro anheben. Zusätzlich erhöhen wir die Freigrenze bei der Pflicht zur zeitnahen Mittelverwendung von 45.000 auf 100.000 Euro. Künftig verzichten wir zudem auf eine Sphärenzuordnung von Einnahmen bei Körperschaften mit Einnahmen unter 50.000 Euro. Kurzum, es wurden wichtige Erleichterungen beschlossen.

Gerade deshalb müssen wir sehr wachsam sein, wenn führende Vertreter des Koalitionspartners mit Äußerungen auffallen, die diesem Kurs widersprechen. Die Aussagen von Bundesministerin Bärbel Bas, in denen Arbeitgeber pauschal zu Gegnern erklärt werden, gegen die gekämpft werden müsse, sind kein Ausrutscher, sondern Ausdruck eines ideologischen Denkens, das mit sozialer Marktwirtschaft und gesellschaftlichem Zusammenhalt unvereinbar ist. Wer Unternehmer, Handwerker und Arbeitgeber zu Feindbildern erklärt, spaltet bewusst und verliert jedes politische Maß. Arbeitgeber sind keine Gegner, sie schaffen Arbeitsplätze, bilden aus, übernehmen Verantwortung in Krisenzeiten und erwirtschaften das Steueraufkommen, auf dem unser Sozialstaat überhaupt erst beruht. Dass die Reaktionen aus Wirtschaft, Verbänden und Mittelstand so deutlich ausgefallen sind, kommt nicht von ungefähr. In Deutschland hat sich die Sozialpartnerschaft bewährt, nicht der Klassenkampf. Wer aus parteipolitischem Kalkül alte Fronten wiederbelebt, gefährdet Vertrauen und Wohlstand gleichermaßen. Als CDU/CSU werden wir solchen Tendenzen klar entgegentreten.

Lesen Sie außerdem in dieser Ausgabe, was wir mit dem Haushalt 2026 auf den Weg gebracht haben, welche konkreten Fortschritte die unionsgeführte Bundesregierung bei der Eindämmung illegaler Migration erzielt hat und weshalb die kürzlich erteilte Baufreigabe für die Ortsumfahrung der B 275 Idstein/Eschenhahn ein lang erwarteter Durchbruch ist.

HAUSHALT 2026

Mit dem Haushalt 2025 haben wir begonnen, Staat und Strukturen widerstandsfähiger zu machen. Mit dem Haushalt 2026 führen wir diesen Kurs konsequent und unbeirrt fort. Als zuständiger Berichterstatter für den Einzelplan 06, Bundesministerium des Innern, war mir bei den Beratungen zum Haushalt 2026 eines besonders wichtig: Sicherheit, staatliche Handlungsfähigkeit und regionale Verantwortung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie gehören zusammen. Sicherheit ist kein Zufallsprodukt, sondern das Ergebnis klarer Prioritäten und verlässlicher Politik.

Deshalb stärken wir mit einem Innenetat von fast 16 Milliarden Euro gezielt die Strukturen, die unser Land schützen. Dazu gehört auch der konsequente Ausbau der Drohnenabwehr. Im kommenden Jahr stellen wir hierfür zusätzlich 50 Millionen Euro bereit, davon 30 Millionen Euro für Systeme an Verkehrsflughäfen und 20 Millionen Euro für operative Einheiten. Damit setzen wir den bereits 2025 über beziehungsweise außerplanmäßig begonnenen Aufbau fort und machen unmissverständlich deutlich: Wir schützen unsere kritische Infrastruktur kompromisslos und handeln, bevor aus Risiken reale Gefahren werden.

Die sicherheitspolitische Lage ist komplex und hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verschärft. Hybride Angriffe, Cyberbedrohungen, Spionage und organisierte Kriminalität stellen Polizei, Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt vor neue Herausforderungen. Deshalb statten wir diese Behörden mit zusätzlichen Mitteln aus, um handlungsfähig zu bleiben und unsere freiheitliche Ordnung wirksam zu schützen. Gleichzeitig investieren wir in den Bevölkerungsschutz, das Technische Hilfswerk sowie das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Krisen und Katastrophen verlangen schnelle, professionelle und gut ausgestattete Strukturen. Ein handlungsfähiger Staat ist die Grundvoraussetzung für Freiheit, Ordnung und Stabilität.

Auch in der Migrationspolitik halten wir Kurs. Entscheidend ist, dass Migration wieder geordnet wird. Wer Schutz braucht, erhält ihn. Wer kein Bleiberecht hat, muss unser Land wieder verlassen. Ergänzend stärken wir die Islamismusprävention und die Bekämpfung des politischen Islam. Für Hass, Extremismus und jede Form von Radikalisierung darf es in Deutschland keinen Raum geben. Der Haushalt 2026 setzt hier klare Akzente und sorgt dafür, dass der Staat nicht nur reagiert, sondern handelt.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Verantwortung gegenüber den Vertriebenen, Aussiedlern, Spätaussiedlern und den deutschen Minderheiten im Ausland. Die Bundesförderung in diesem Bereich wird im Haushalt 2026 um mehr als 20 Millionen Euro erhöht. Damit bekennen wir uns ausdrücklich zum Auftrag des Bundesvertriebenengesetzes. Nach jahrelanger stiefmütterlicher Behandlung und drastischen Kürzungen durch die grüne Kulturministerin Roth ist der Ressortwechsel ins Bundesinnenministerium ein wichtiger Schritt. Unter der Federführung von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt ist dieser Politikbereich wieder dort angesiedelt, wo er hingehört.

Über den eigenen Verantwortungsbereich hinaus zeigt der Bundeshaushalt 2026 jedoch auch in anderen Ressorts klare Schwerpunktsetzungen:

Der Verteidigungsetat beläuft sich im nächsten Jahr auf fast 83 Milliarden Euro, mit dem Sondervermögen Bundeswehr erreicht der Verteidigungshaushalt ein Volumen von über 100 Milliarden Euro. Damit stellen wir endlich die erforderlichen Mittel bereit, um unsere Streitkräfte entsprechend der NATO-Fähigkeitsanforderungen ausstatten zu können.

Außerdem sorgen wir dafür, dass das Programm „KulturInvest“ ausfinanziert wird, so dass alle bewilligungsreifen Projekte 2025 und 2026 umgesetzt werden können. Mit einer neuen Programmscheibe für das Denkmalschutzsonderprogramm in Höhe von rund 50 Millionen Euro gewährleisten wir, dass unser kulturelles Erbe erhalten werden kann. Des Weiteren haben wir den Bundeskulturfonds, den Festivalförderfonds und den Amateurmusikfonds insgesamt um fast 7 Millionen Euro aufgestockt, um die Kulturlandschaft in der Breite zu stärken.

Im Verkehrsbereich bleibt es bei unserem Versprechen: Alle baureifen Projekte in Deutschland werden gebaut. Zudem stehen schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, weniger Bürokratie und ein konsequentes Digitalisieren von Verfahren im Vordergrund. Mit Rekordinvestitionen in Straße, Schiene und Wasserstraße von fast 170 Milliarden Euro in den nächsten Jahren schaffen wir eine leistungsfähige und moderne Verkehrsinfrastruktur.

Konkret sanieren wir unsere maroden Brücken, reformieren strukturell die Bahn und unterstützen innovative Technologien in den deutschen See- und Binnenhäfen. Wir setzen uns ein, dass die im Jahr 2025 vorgesehenen 105 Millionen Euro für die Trassenpreisförderung der Bahn im Schienenpersonenfernverkehr eingesetzt werden, und unterstützen die regionale Luftfahrt in der Fläche im nächsten Jahr mit 50 Millionen Euro.

Die „Sportmilliarde“, das Programm „Sanierung kommunaler Sportstätten“, setzen wir im nächsten Jahr mit einer neuen Programmscheibe in Höhe von 333 Millionen Euro fort. Ergänzend hierzu haben wir 250 Millionen Euro für ein Programm zur Sanierung von Schwimmbädern eingestellt. Beide Programme ermöglichen, dass zahlreiche sanierungsbedürftige Sportanlagen in Deutschland endlich modernisiert werden können.

Der Plafond des neuen Zukunftsministeriums wurde im Zuge der parlamentarischen Beratungen um 500 Millionen Euro auf insgesamt 21,8 Milliarden Euro aufgestockt. Damit stärken wir auch die Umsetzung der Hightech Agenda Deutschland, mit der wir unser Land zum führenden Standort für neue Technologien machen wollen.

Auch die Raumfahrt steht im Fokus. Mit einem deutschen ESA-Beitrag von fast 5,4 Milliarden Euro und einer klaren Zielsetzung stärken wir unseren Anspruch, international vorne mitzuspielen. Investitionen in die Raumfahrt sind Investitionen in Fortschritt, Sicherheit und Wohlstand.

Neben der großen Linie verlieren wir dabei den Blick für konkrete Projekte vor Ort nicht. Ein gutes Beispiel ist die Förderung des Getränketechnologischen Zentrums der Hochschule Geisenheim University. Aus dem Etat des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat fließen in den Jahren 2026 und 2027 insgesamt 500.000 Euro nach Geisenheim. Das neue Zentrum ist ein Meilenstein für Forschung und Praxis im Bereich flüssiger Lebensmittel und Getränke. Dass der Bund dieses Projekt unterstützt, ist ein starkes Signal für den Wissenschaftsstandort Geisenheim und für die Innovationskraft unserer Region.

Die Haushaltsberatungen 2026 haben erneut gezeigt, unter welchem hohem finanzpolitischen Druck der Bund steht. Ohne einen echten wirtschaftlichen Aufschwung werden die vor uns liegenden Herausforderungen nicht zu bewältigen sein. Wachstum und Konsolidierung

müssen wieder zusammengedacht werden, jedes Ressort wird dazu seinen Beitrag leisten müssen. Die Bereinigungssitzung selbst war entsprechend anspruchsvoll. Über rund 750 Anträge aus allen Fraktionen sowie eine mehr als 1.000 Seiten umfassende Bereinigungsvorlage der Bundesregierung wurden bis in die frühen Morgenstunden des Folgetages beraten und abgestimmt.

Meine Rede zum Bundeshaushalt 2026 können Sie sich unter folgendem Link anschauen: dbtg.tv/cvid/7645428

NEUE MIGRATIONSPOLITIK WIRKT

Die Wende in der Migrationspolitik war unser zentrales Wahlversprechen. Dieses Versprechen setzen wir um. Punkt für Punkt, seit Beginn unserer Regierungsverantwortung. Ziel ist die Steuerung von Migration und die konsequente Begrenzung illegaler Migration.

An den deutschen Grenzen erfolgen wieder Kontrollen und Zurückweisungen. Am 7. Mai hat Bundesinnenminister Alexander Dobrindt die Bundespolizei angewiesen, auch bei Asylbewerbern die unerlaubte Einreise zu verweigern. Seitdem wurden über 21.000 Personen zurückgewiesen, darunter mehr als 1.000 Asylbewerber. Zusätzlich wurden 954 Schleuser sowie 5.309 Personen mit offenen Haftbefehlen festgenommen.

Das Dublin-System wird wieder funktionsfähig gemacht. Im Jahr 2024 stellte Deutschland 74.583 Dublin-Ersuche an andere EU-Mitgliedstaaten, tatsächlich erfolgten jedoch nur 5.827 Überstellungen. Am 8. Dezember erzielte die Bundesregierung einen Verhandlungserfolg mit Griechenland und Italien. Beide Länder nehmen ihre Dublin-Fälle wieder zurück. Ein Durchbruch, an dem die links-gelbe Ampel gescheitert war!

Freiwillige Aufnahmeprogramme werden beendet. Die starke Belastung der Kommunen und die ungleiche Verteilung ukrainischer

Kriegsflüchtlinge in Europa lassen solche Programme derzeit nicht zu. Davon ausgenommen bleiben afghanische Ortskräfte, die für Deutschland tätig waren und weiterhin schutzbedürftig sind. Bei den Aufnahmeprogrammen der letzten Jahre handelt es sich jedoch kaum noch um diese Personengruppe.

Im Aufenthaltsrecht wird das Ziel der Begrenzung wieder ausdrücklich benannt. Der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte wird für zwei Jahre ausgesetzt. Dies verschafft den Kommunen Entlastung. Bereits 2016 wurde der Familiennachzug in einer vergleichbaren Lage für zwei Jahre ausgesetzt. Wer integriert ist, arbeitet und seine Familie selbst ernähren kann, behält Perspektiven. Ein Familiennachzug auf Kosten des Steuerzahlers bei nur vorübergehendem Schutz wird abgelehnt.

Die Bundespolizei übernimmt künftig einen größeren Anteil bei Abschiebungen. In ihrem Zuständigkeitsbereich, insbesondere an Bahnhöfen und Flughäfen, wird sie für die Beantragung von Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam zuständig. Grundlage ist das neue Bundespolizeigesetz, das im Frühjahr verabschiedet werden soll.

Die Express-Einbürgerung wurde gestrichen. Die Einbürgerung nach nur drei Jahren ist wieder abgeschafft. Der deutsche Pass steht am Ende der Integration. Wer im Einbürgerungsverfahren täuscht oder betrügt, etwa durch gefälschte Sprachzertifikate, erhält eine zehnjährige Einbürgerungssperre und kann eine bereits erlangte Staatsbürgerschaft verlieren.

Die Bundesregierung kann sichere Herkunftsländer künftig einfacher per Rechtsverordnung festlegen. Dies beschleunigt Asylverfahren rechtsstaatlich. Genutzt werden soll dieses Instrument unter anderem bei den Maghrebstaaten mit einer Schutzquote von rund 2 Prozent sowie bei Indien mit einer Schutzquote von 0,4 Prozent. Blockaden im Bundesrat werden damit vermieden.

Der Pflichtanwalt bei Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam wurde wieder abgeschafft. Diese Regelung war zuvor gegen das fachliche Votum des BMI eingeführt worden.

Menschenschleusungen nach Großbritannien werden unter Strafe gestellt. Bislang fehlte eine entsprechende Strafbarkeit. Im Jahr 2024 erreichten 36.816 Personen über den Ärmelkanal die britische Küste, 78 Menschen starben dabei. Die Schleusungen werden häufig von international agierenden Netzwerken organisiert, zunehmend auch aus Deutschland. Diese Gesetzeslücke wurde geschlossen.

Ukrainische Kriegsflüchtlinge, die künftig nach Deutschland kommen, erhalten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Aktuell halten sich über 1,3 Millionen Ukrainer in Deutschland auf. Für Einreisen nach dem 1. April 2025 gelten wieder die geringeren Leistungen nach dem AsylbLG statt Bürgergeld oder Sozialhilfe.

Abschiebungen haben hohe Priorität. Das Innenministerium führt intensive Verhandlungen mit den syrischen und afghanischen Behörden, um regelmäßige Rückführungen wieder aufzunehmen. Für Syrien gilt, dass mit dem Ende des Bürgerkriegs der ursprüngliche Grund des subsidiären Schutzes entfallen ist, sofern kein neuer Aufenthaltsgrund vorliegt.

Für unsere angekündigte Migrationswende wurden wir im Wahlkampf massiv angegriffen. Die Maßnahmen seien wirkungslos, europarechtswidrig oder politisch nicht durchsetzbar. Unsere Entschlossenheit wurde offen infrage gestellt. Die vergangenen Monate haben eindeutig gezeigt, wie falsch diese Kritik war. Unsere Maßnahmen wirken.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Im November stellte die Bundespolizei 4.697 unerlaubte Einreisen fest, rund 24 Prozent weniger als im Vorjahr mit 6.153. Gegenüber 2023 ist die Zahl der Asylerstanträge um mehr als die Hälfte gesunken. Bis November 2025 wurden 106.298 Erstanträge registriert, im

Vergleich zu 216.861 im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Gegenüber 2023 beträgt der Rückgang sogar fast zwei Drittel mit damals 304.581 Erstanträgen.

Auch in Europa stößt der neue deutsche Migrationskurs auf klare Zustimmung. Deutschland war über Jahre hinweg ein Magnet für illegale Migration, unter dessen Folgen viele EU-Staaten zu leiden hatten. Die Koalition übernimmt nun Verantwortung, für die Kommunen, für unser Land und für Europa. Dieser Kurs wird konsequent fortgesetzt. Auf europäischer Ebene müssen Rückführungen weiter vorangebracht werden. Im Inland stehen weitere Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag an, darunter der zeitlich unbefristete Ausreise-arrest für ausreisepflichtige Straftäter sowie die Regelausweisung schwerer Straftäter und Gefährder.

In den vergangenen Monaten haben wir migrationspolitische Fehler vieler Jahre korrigiert. Auf Grundlage klarer Erkenntnisse und praktischer Erfahrungen werden wir diesen Weg mit derselben Entschlossenheit auch in den kommenden Jahren weitergehen.

ORTSUMFAHRUNG IDSTEIN/ESCHENHAHN

Gute Nachrichten für Idstein/Eschenhahn: Der Bundesminister für Verkehr, Patrick Schnieder, hat Anfang Dezember die Baufreigabe für die Ortsumfahrung Eschenhahn der B 275 erteilt. Damit wird ein Infrastrukturprojekt Realität, für das vor Ort jahrzehntelang gekämpft wurde. Was lange Zeit von Hoffnung, Geduld und Durchhaltevermögen geprägt war, mündet nun in eine konkrete Perspektive für Entlastung, Sicherheit und Entwicklung.

Gerade für Eschenhahn ist diese Entscheidung von besonderer Bedeutung. Über Jahre hinweg war der Ort stark durch den Durchgangsverkehr belastet – mit spürbaren Folgen für Lebensqualität, Sicherheit und Alltag. Ziel war

es stets, den Verkehr aus dem Ort herauszubekommen und Raum für ein lebenswertes Umfeld zu schaffen. Dass dieser Schritt nun gelingt, ist Ausdruck eines langen gemeinsamen Weges von Bürgern, Kommunen und politischer Vertretung. Schade, dass das der letztes Jahr verstorbene Siegfried Than nicht mehr erleben konnte, der wie kein zweiter diesen Kampf für die Umgehungsstraße angeführt hat. Als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Rheingau-Taunus/Limburg habe ich dieses Projekt eng begleitet und immer wieder auf die politische Agenda gesetzt. Der Einsatz für die Ortsumfahrung war dabei kein kurzfristiges Anliegen, sondern ein dauerhaftes Versprechen an die Menschen vor Ort, das nun eingelöst wird.



v. l. n. r. Der heimische CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch, Sonja Zerche, Referatsleiterin HMWVW in der Hessischen Landesvertretung in Berlin, und der Bundesminister für Verkehr Patrick Schnieder. ©BMV Sebastian Woithe

Die Wirkung der Ortsumfahrung reicht jedoch weit über Eschenhahn hinaus. Für die Anwohner bedeutet sie eine spürbare Entlastung und eine nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität. Aber auch für die gesamte Region markiert die Baufreigabe einen wichtigen Meilenstein. Sie ist weit mehr als eine reine Verkehrsmaßnahme: Das Projekt stärkt die regionale Wirtschaft und eröffnet die Chance, die wirtschaftliche Basis des Rheingau-Taunus-Kreises weiterzuentwickeln. In Zeiten knapper Kassen erweisen sich leistungsfähige Verkehrswege und moderne Infrastruktur als zentrale Faktoren, um Investitionen anzuziehen, Arbeitsplätze zu sichern und die Zukunftsfähigkeit der Region nachhaltig zu

gewährleisten. Auf diese Weise leistet die Orts-umgebung einen entscheidenden Beitrag, den Landkreis als attraktiven Standort zu stärken und Entwicklungsmöglichkeiten für Menschen und Wirtschaft gleichermaßen zu eröffnen.

Ein bestandskräftiges Baurecht liegt bereits seit 2024 vor. Mit der nun erteilten Baufreigabe sind alle Voraussetzungen für den Baubeginn geschaffen. Die neue Straße wird rund 3,3 Kilometer lang sein, die veranschlagten Kosten liegen bei 92,5 Millionen Euro. Der nächste entscheidende Schritt ist nun die Umsetzung. Der Baufortschritt wird weiterhin eng begleitet, damit Zeitpläne eingehalten und Verzögerungen vermieden werden.

Dieses Projekt ist ein wichtiger Schritt für Eschenhahn und die gesamte Region sowie ein starkes Zeichen für den ländlichen Raum. Politik muss dort wirksam sein, wo sie unmittelbar das Leben der Menschen verbessert. Genau dafür setze ich mich ein – verlässlich, ausdauernd und mit dem klaren Anspruch, Zusagen auch umzusetzen.

WEIHNACHTSGRUß

Und schon wieder neigt sich ein Jahr dem Ende zu. Hinter uns liegen aufreibende Wochen und Monate, geprägt von intensiven Debatten, großen Herausforderungen und wichtigen Entscheidungen. Die Weihnachtstage werde ich ganz traditionell im Kreise meiner Familie verbringen. Diese Zeit der Ruhe und des Innehaltens ist wichtig, um Kraft zu schöpfen und den Blick wieder zu ordnen, gerade nach einem Jahr, das uns allen viel abverlangt hat.

Politisch stehen wir an einer Wegmarke. 2026 muss aus der Arbeitskoalition eine Reformkoalition werden. 2026 muss das Jahr des Wachstums sein. Der Koalitionsvertrag ist dafür eine gute Grundlage. Gleichzeitig gehört zur Verantwortung auch der selbstkritische Blick darauf, ob das Vereinbarte ausreicht, um

unsere Wirtschaft wieder nachhaltig anzukurbeln. Zugleich erleben wir eine Weltlage, die dramatisch ist. Die europäische Sicherheitsarchitektur wird dieser Tage neu verhandelt, in einer Dimension, wie wir sie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr erlebt haben. In dieser Situation ist es richtig, dass der Bundeskanzler viel Kraft in Europa investiert und Verantwortung übernimmt.

Zum Abschluss dieses Jahres möchte ich mich bei Ihnen für das Vertrauen, die Unterstützung und den offenen Austausch bedanken. Verabschieden möchte ich mich auch in diesem Jahr wieder mit ein paar besinnlichen Versen. Diesmal habe ich ein Gedicht von Theodor Fontane ausgewählt. Ich hoffe, es gefällt Ihnen ebenso wie meinen Mitarbeitern und mir.

Zum 24. Dezember

Noch einmal ein Weihnachtsfest,

Immer kleiner wird der Rest,

Aber nehm ich so die Summe,

Alles Grade, alles Krumme,

Alles Falsche, alles Rechte,

Alles Gute, alles Schlechte -

Rechnet sich aus all dem Braus

Doch ein richtig Leben heraus.

Und dies können ist das Beste

Wohl bei diesem Weihnachtsfeste.

Ihnen und Ihren Lieben wünsche ich schöne Weihnachtsfeiertage, Glück, Gesundheit und Gottes Segen. Kommen Sie gut ins neue Jahr!

Herzlichst Ihr

Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de. Eine Löschung aus dem Verteiler ist genauso formlos möglich.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Arch

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

Facebook/Instagram

www.facebook.com/klauspeter.willsch

www.instagram.com/klauspeterwillsch

Kontakt

Büro Berlin

Klaus-Peter Willsch MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: (030) 227 73124

klaus-peter.willsch@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB

Hirsenstrasse 13

65329 Hohenstein

Tel.: (06120) 91 00 51

klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de